

Frage 1: Wir fordern: Stationäre Pflege muss bezahlbar sein

Wie hoch Im Wahlkreis Tübingen müssen Pflegebedürftige in stationären Einrichtungen aktuell mit rund 3.500 Euro Eigenanteil pro Monat rechnen. Damit liegt die Belastung in etwa auf Landesniveau – und dieses Niveau ist bundesweit eines der höchsten. Deshalb bleibt unser Ziel klar: Stationäre Pflege muss endlich bezahlbar werden. Ist der Eigenanteil in den Pflegeheimen bei Ihnen im Wahlkreis?

Frage 2: Wir fordern das Pflege-Gehalt für die Pflege zu Hause

Wie viele Menschen pflegen in Ihrem Wahlkreis Ihre Angehörigen zuhause?

Im Jahr 2023 wurden laut Statistischem Landesamt im Landkreis Tübingen 6.774 Menschen ausschließlich durch Angehörige gepflegt.

Frage 3: Wir fordern den Ausbau der Pflegeinfrastruktur und ein regionales Pflegebudget

Wie lang sind die Wartelisten für Einrichtungen der Vollstationären Pflege und der Teilzeitpflege bei Ihnen im Wahlkreis?

Die Frage lässt sich nicht pauschal beantworten für den Landkreis beantwortet werden. Die Wartezeit kann je nach Zeitpunkt, Wohnort oder Einzelfall zwischen wenigen Tagen und mehreren Monaten betragen.

Gesundheit

Frage 4: Wir fordern die Sicherstellung der medizinischen Versorgung: flächendeckend, qualitativ hochwertig und für alle Menschen zugänglich

Sind die Menschen in Ihrem Wahlkreis gut mit Hausärztinnen und Hausärzten versorgt? Oder besteht eine Unterversorgung?

Auch wenn im Moment die Menschen im Schnitt im Landkreis noch gut mit Hausärztinnen und Hausärzten versorgt sind, gibt es auch im Landkreis Tübingen erste Anzeichen für eine drohende Unterversorgung vor allem im ländlichen Bereich. Darauf reagiert man im Landkreis Tübingen mit Kommunalen Gesundheitskonferenzen zur Beratung, Koordinierung und Vernetzung von Fragen der Gesundheitsförderung und Prävention, der medizinischen Versorgung, der Pflege und der Rehabilitation mit örtlichem Bezug.

Frage 5: Wir fordern die Barrierefreiheit aller Einrichtungen im Gesundheitswesen

Wie viele Arzt- und Zahnarztpraxen sind in ihrem Wahlkreis nicht barrierefrei?

Noch zu viele. Die Frage lässt sich seriös nicht beantworten, da es für Barrierefreiheit von Arztpraxen keine Legaldefinition gibt.

Rente und Wohnen

Frage 6: Wir fordern die armutssichere Altersrente und die Stabilisierung des Rentenniveaus

Wie viele Personen in Ihrem Wahlkreis beziehen Grundsicherung im Alter? Wie viele davon sind Frauen und wie viele Männer?

Der Anteil der Menschen über 65 die Grundsicherung im Alter erhalten liegt im Landkreis Tübingen bei ca. 2 Prozent wobei Frauen deutlich häufiger auf Grundsicherung angewiesen sind.

Frage 7: Wir fordern bezahlbaren Wohnraum durch die Erhöhung der Landesmittel für sozialen Wohnungsbau– Wie viele Sozialwohnungen gibt es bei Ihnen im Wahlkreis je Einwohner?

Wie setzen Sie sich für höhere Fördergelder für sozialen Wohnungsbau ein?

Da fortlaufend Sozialwohnungen gebaut und gleichzeitig fortlaufend Wohnungen Sozial Bindung fallen lässt sich die exakte Zahl nicht bestimmen. Für den Landkreis Tübingen fehlen nach einer Analyse des Wohnraumbündnisses Tübingen rund 1.990 Wohnungen.

Als Abgeordnete der CDU gilt für mich das Wahlprogramm: Gefördertes Bauen braucht klare, unkomplizierte Vorgaben, die es ermöglichen, schnell und effizient mehr Wohnraum zu schaffen. Wir wollen die soziale Wohnraumförderung des Landes deutlich ausbauen. Nachdem der Landesanteil an der Wohnraumförderung zuletzt fast verdoppelt und auf 60 Prozent der Bundesmittel erhöht worden ist, streben wir künftig eine Eins-zu-eins-Kofinanzierung des Landes an. Das Verfahren zur Mittelvergabe und den Mitteleinsatz bei der Wohnraumförderung wollen wir evaluieren und mit Blick auf Ziel und Wirkung optimieren. Die Begründung von Erbbaurechten sehen wir als eine Möglichkeit zur Kostensenkung.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Frage 8: Wir fordern die strukturelle und wirksame Bekämpfung von Einsamkeit

Welche Projekte gegen Einsamkeit gibt es bei Ihnen im Kreis?

Wird die Ehrenamtskarte bei Ihnen im Wahlkreis schon umgesetzt?

Die Nachbarschaftshilfe im Alter (NIA), das Mehrgenerationenhaus Tübingen, die Besuchs- und Vermittlungsangebote von BüroAktiv, die Engagementbörse des Landkreises Tübingen, die inklusiven Begegnungsangebote der Lebenshilfe sowie die prämierten Initiativen der Bürgerstiftung Tübingen zum Schwerpunkt „Einsamkeit“. Zudem gibt es auch in den Kommunen Besucherdienste, in Rottenburg gibt es viele offene warme Mittagstische die monatlich regelmäßig organisiert werden. Die Aufzählung ist nicht abschließend.

Die Ehrenamtskarte gibt es noch nicht im Wahlkreis Tübingen.

Frage 9: Wir fordern: Populismus mit Fakten bekämpfen – Demokratie und Frieden erhalten

Nehmen Sie in unserer Gesellschaft und auch bei Ihnen vor Ort verstärkt Hetze, Falschinformationen und ein Auspielen verschiedener Personengruppen gegeneinander wahr? Und wenn ja, wie?

Ja, ich erlebe mehr Hetze und Falschinformationen – sowohl in sozialen Medien als auch in Gesprächen vor Ort oder in Diskussionen. Als Polizistin und Kommunalpolitikerin merke ich, wie stark sich online geschürte Vorurteile in der Realität auswirken und Gruppen gezielt gegeneinander ausgespielt werden. Das belastet unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb setze ich klar auf Fakten, Transparenz und den respektvollen Dialog, um Populismus etwas entgegenzusetzen und unsere Demokratie zu stärken.

Frage 10: Wir fordern die Einführung der Bürgerversicherung in Pflege, Gesundheit und Rente

–Würden Sie selbst in die gesetzliche Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung wechseln, wenn das möglich wäre?

Ich stehe klar zu unserem bewährten System aus gesetzlicher und privater Absicherung. Als Polizistin erhalte ich über die Heilfürsorge eine gesetzliche Behandlung KEINE Privatärztliche Versorgung – dieses System funktioniert gut und entlastet auch den Staat. Eine Bürgerversicherung, die alle in ein einziges System zwingt, halte ich nicht für den besseren Weg.

Deshalb: Nein, ich würde nicht wechseln.

Ich setze stattdessen auf Stärkung der gesetzlichen Systeme, bessere Finanzierung und echte Reformen, ohne funktionierende Strukturen abzuschaffen.

(1.) Wir fordern: Stationäre Pflege muss bezahlbar sein

– Wie hoch ist der Eigenanteil in den Pflegeheimen bei Ihnen im Wahlkreis?

Baden-Württemberg weist bundesweit mit die höchsten Eigenanteile auf. Im Kreis Tübingen wie auch andernorts sind die Kosten von der Pflegeeinrichtung, dem Pflegegrad, den Leistungszuschlägen und der Aufenthaltsdauer abhängig. Die Eigenanteile können zwischen circa 2.200 Euro und bis über 4.000 Euro schwanken.

(2.) Wir fordern das Pflege-Gehalt für die Pflege zu Hause

– Wie viele Menschen pflegen in Ihrem Wahlkreis Ihre Angehörigen zuhause?

Im Landkreis Tübingen wurden im Dezember 2023 insgesamt 11.117 pflegebedürftige Menschen gezählt. Von diesen wurden 9.783 Personen vorwiegend zu Hause versorgt, was einem Anteil von 88,0% entspricht.

(3.) Wir fordern den Ausbau der Pflegeinfrastruktur und ein regionales Pflegebudget

– Wie lang sind die Wartelisten für Einrichtungen der Vollstationären Pflege und der Teilzeitpflege bei Ihnen im Wahlkreis?

Die Wartezeiten für einen Pflegeheimplatz im Kreis Tübingen können zwischen wenigen Wochen und mehreren Monaten liegen. Dies ist abhängig von der konkreten Einrichtung und deren Auslastung, dem Pflegegrad, speziellen Anforderungen wie z.B. Demenzbetreuung und der Dringlichkeit der Aufnahme. Klar ist: Wir haben zu wenige Pflegeplätze gerade in der Teilzeit-, Tages- und Kurzzeitpflege, verursacht auch durch einen massiven Personalmangel.

(4.) Wir fordern die Sicherstellung der medizinischen Versorgung: flächendeckend, qualitativ hochwertig und für alle Menschen zugänglich

– Sind die Menschen in Ihrem Wahlkreis gut mit Hausärztinnen und Hausärzten versorgt? Oder besteht eine Unterversorgung?

Der Landkreis Tübingen weist laut der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg einen hausärztlichen Versorgungsgrad von 106,6% auf. Dies liegt deutlich über der 100%-Marke, ab der ein Planungsbereich als ausreichend versorgt gilt. Allerdings lag der Versorgungsgrad im Oktober 2017 lag noch bei 111,4%, ist also leicht gesunken. Und der Landkreisdurchschnitt liegt bei 1.492 Einwohnern pro Hausarzt, was im baden-württembergischen Mittelfeld liegt. Die Versorgung auf dem Papier passt allerdings oft nicht mit der Realität zusammen und gerade in kleineren Orten ist die Versorgung mit Hausärzt*innen schwierig und bei Fachärzt*innen sind sehr lange Wartezeiten die Regel.

(5.) Wir fordern die Barrierefreiheit aller Einrichtungen im Gesundheitswesen

– Wie viele Arzt- und Zahnarztpraxen sind in ihrem Wahlkreis nicht barrierefrei?

Für den Landkreis Tübingen gibt es keine Zahlen zur Barrierefreiheit von Arzt- und Zahnarztpraxen. Basierend auf dem Verzeichnis der Stadt Tübingen von 2014 waren damals die meisten erfassten Arzt- und Zahnarztpraxen barrierefrei oder teilweise barrierefrei. Jedoch gilt auch für Tübingen: Viele

Einrichtungen des Gesundheitswesens sind nicht barrierefrei zugänglich. Angesichts der bundesweiten Quote von über 50% nicht barrierefreier Praxen ist davon auszugehen, dass auch im Landkreis Tübingen erhebliche Barrieren bestehen. Ich setze mich für Programme für Barrierefreiheit von Arztpraxen aus.

(6.) Wir fordern die armutssichere Altersrente und die Stabilisierung des Rentenniveaus

– Wie viele Personen in Ihrem Wahlkreis beziehen Grundsicherung im Alter? Wie viele davon sind Frauen und wie viele Männer?

Konkrete, aktuelle Zahlen zur Grundsicherung im Alter im Landkreis Tübingen mit Geschlechteraufschlüsselung werden nicht veröffentlicht. Die letzte bekannte Zahl stammt aus 2007. Basierend auf landesweiten Trends dürfte die Zahl aktuell auf ca. 900-1.000 Personen gestiegen sein, mit einem deutlichen Übergewicht von Frauen (ca. 60%).

(7.) Wir fordern bezahlbaren Wohnraum durch die Erhöhung der Landesmittel

für sozialen Wohnungsbau

– Wie viele Sozialwohnungen gibt es bei Ihnen im Wahlkreis je Einwohner?

– Wie setzen Sie sich für höhere Fördergelder für sozialen Wohnungsbau ein?

Im Landkreis Tübingen gibt es keine aktuellen Gesamtzahlen zu Sozialwohnungen. In der Stadt Tübingen sind etwa zwei Prozent der Wohnungen gebunden, bei einem Bedarf von 40-45% der Haushalte.

Die SPD Baden-Württemberg fordert eine Verdreifachung der Landesmittel, eine eigene Landeswohnungsbaugesellschaft, bedarfsgerechte Vergabe statt Windhundprinzip und längere Bindungsfristen. Kernkritik: Baden-Württemberg investiert zu wenig eigenes Geld und lässt Bundesmittel ungenutzt, während bis 2030 über 200.000 bezahlbare Wohnungen fehlen.

(8.) Wir fordern die strukturelle und wirksame Bekämpfung von Einsamkeit

– Welche Projekte gegen Einsamkeit gibt es bei Ihnen im Kreis?

– Wird die Ehrenamtskarte bei Ihnen im Wahlkreis schon umgesetzt?

Der Landkreis Tübingen verfügt über vielfältige Projekte gegen Einsamkeit, insbesondere den Spazier-Treff, die Beratungsstelle für ältere Menschen, Silbernetz, Stadtteiltreffs und die Nightline Tübingen.

Die Ehrenamtskarte Baden-Württemberg ist im Landkreis Tübingen Stand Januar 2026 noch nicht umgesetzt, wird aber im Rahmen der landesweiten Einführung kommen.

(9.) Wir fordern: Populismus mit Fakten bekämpfen – Demokratie und Frieden erhalten

– Nehmen Sie in unserer Gesellschaft und auch bei Ihnen vor Ort verstärkt Hetze, Falschinformationen und ein Ausspielen verschiedener Personengruppen gegeneinander wahr? Und wenn ja, wie?

Die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, der Klimawandel – die Krisen und Herausforderungen unserer Zeit werden von rechten Populisten und Extremisten durch Desinformation missbraucht und instrumentalisiert, um Menschen gegeneinander auszuspielen und unsere Demokratie zu destabilisieren. Als Abgeordnete erlebe ich das sehr konkret: Im Landtag haben wir erst kürzlich einen Vorfall gehabt, bei dem die AfD-Fraktion gefälschte Bilder einer Plenarsituation verbreitet hat. Diese Verdrehung von Tatsachen soll gezielt das Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit des Parlaments beschädigen. Ich bin im Sommer 2025 ganz bewusst auf eine Sommertour in AfD-Hochburgen im Kreis Tübingen gegangen. Ich wollte zuhören, raus aus meiner Bubble, gerade mit den Menschen sprechen, die wir nicht mehr erreichen. Was ich dabei erlebt habe, ist besorgniserregend: Menschen, die sich von der Politik abgewandt haben, die an simple Antworten auf komplexe Fragen glauben, die das Vertrauen in demokratische Institutionen verloren haben. Ich sehe es als meine Aufgabe, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu kämpfen, Brücken zu bauen statt Gräben zu vertiefen.

(10.) Wir fordern die Einführung der Bürgerversicherung in Pflege, Gesundheit und Rente

– Würden Sie selbst in die gesetzliche Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung wechseln, wenn das möglich wäre?

Als Mitglied der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung bin ich bereits Teil des solidarischen Systems der sozialen Sicherung. Ich habe mich bewusst dafür entschieden, in der gesetzlichen Krankenversicherung zu bleiben, weil ich an das Solidarprinzip glaube. Als Landtagsabgeordnete in Baden-Württemberg bin ich seit meinem Eintritt in den Landtag 2021 Pflichtmitglied im Versorgungswerk der Landtage. Ein Beitritt zur gesetzlichen Rentenversicherung ist für Landtagsabgeordnete gesetzlich nicht möglich. Ich setze mich dafür ein, dass wir das Solidarprinzip stärken und nicht weiter aufweichen. Ich bedauere, dass das aktuelle System der Altersvorsorge für Abgeordnete uns aus der Solidargemeinschaft herausnimmt und würde, wenn ich die Wahl hätte, in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen.

Pflege

(1.) Wir fordern: Stationäre Pflege muss bezahlbar sein

- Wie hoch ist der Eigenanteil in den Pflegeheimen bei Ihnen im Wahlkreis?

Der Eigenanteil für eine vollstationäre Betreuung in einem Pflegeheim im Kreis Tübingen beträgt je nach Einrichtung rund 3.400 Euro. Das liegt über dem Landesdurchschnitt.

Klar ist auch: Pflegeleistungen zu brauchen, darf kein Armutsrisiko sein. Deshalb haben die Grünen, auch durch Initiativen im Bundesrat, darauf gedrängt, dass die soziale Pflegeversicherung weiterentwickelt wird – wir plädieren für den sogenannten Sockel-Spitz-Tausch auf Bundesebene. Bisher ist es so, dass die Versicherung bis zu einem gedeckelten Betrag die Kosten übernehmen. Alles, was darüber hinaus geht, müssen die Pflegebedürftigen selbst tragen. Dieses Prinzip wollen wir umkehren: so, dass der Beitrag der Pflegebedürftigen gedeckelt wird und die Pflegekassen das bezahlen, was darüber hinaus nötig wird. So wird der Eigenanteil kalkulierbar, und das Risiko der Altersarmut sinkt.

(2.) Wir fordern das Pflege-Gehalt für die Pflege zu Hause

- Wie viele Menschen pflegen in Ihrem Wahlkreis Ihre Angehörigen zuhause?

Im Kreis Tübingen sind rund 10.000 Menschen pflegebedürftig. Die letzte Erhebung des Landkreises Tübingen war im Jahr 2012, damals waren es 9.374 pflegebedürftige Personen. Die Tendenz ist auch bei uns steigend. Erfahrungsgemäß werden rund 80 Prozent dieser Menschen in häuslicher Pflege betreut.

Bundesweit wollen wir Pflegeversicherung und Entlastungsleistungen stärken. Im Land fördern wir Entlastungsangebote über die reformierte Unterstützungsangebote-Verordnung (UstA-VO). Sie macht den Entlastungsbetrag der Pflegeversicherung (131 Euro monatlich) für ehrenamtliche Helfer aus Nachbarschaft oder Bekanntenkreis einsetzbar. Ohne große Bürokratie oder verpflichtende Schulungen. Im Land haben wir seit fast 15 Jahren das Innovationsprogramm Pflege. Es fördert häusliche Pflege und unterstützt pflegende An- und Zugehörige. Das soll auch dafür sorgen, dass Arbeit, Familie und Pflege eines Angehörigen besser vereinbar sind. Zumal es auch heute noch meist Frauen sind, die sich um Pflege kümmern. Häufig reduzieren sie ihren Arbeitsumfang dafür und zahlen dann weniger in Sozial- und Rentenkassen ein – ihr eigenes Armutsrisiko steigt. Dem möchten wir entgegenwirken.

(3.) Wir fordern den Ausbau der Pflegeinfrastruktur und ein regionales Pflegebudget

- Wie lang sind die Wartelisten für Einrichtungen der Vollstationären Pflege

und der Teilzeitpflege bei Ihnen im Wahlkreis?

Es gibt keine zentrale Warteliste. Wer bei uns einen Pflegeplatz sucht, muss sich selbst aktiv an die Einrichtungen oder an die Beratung im Pflegestützpunkt wenden. Freie Plätze können bei Bedarf auch als eingestreuete Kurzzeitpflegeplätze genutzt werden.

Als Land fördern wir kommunale Pflegekonferenzen in Stadt- und Landkreisen. Dort sollen Vertreterinnen oder Vertreter der kommunalen Körperschaften, der Pflegeeinrichtungen, der Pflegekassen, der Pflegebedürftigen, des Pflegepersonals sowie des bürgerschaftlichen Engagements zusammentreffen. Mit dieser Vernetzung wollen wir Pflegeangebote gut und für die jeweilige Region stimmig voranbringen. Pflegekassen sind rechtlich dazu angehalten, das zu berücksichtigen, was die

kommunalen Pflegekonferenzen erarbeitet haben. Mit dem „Innovationsprogramm Pflege“ haben wir als Land innovative Konzepte und Projekte gefördert, die die Kurzzeitpflege, die Tages- und Nachtpflege sowie die ambulante Versorgung weiterentwickeln. Außerdem verbessern wir auch den Zugang und die Qualität niedrigschwelliger Betreuungs- und Entlastungsangebote durch die reformierte Unterstützungsangebote-Verordnung.

(4.) Wir fordern die Sicherstellung der medizinischen Versorgung: flächendeckend, qualitativ hochwertig und für alle Menschen zugänglich

– Sind die Menschen in Ihrem Wahlkreis gut mit Hausärztinnen und Hausärzten versorgt? Oder besteht eine Unterversorgung?

Laut Bedarfsplanung der Kassenärzte und Krankenkassen ist der Landkreis Tübingen mit Hausärzten überversorgt. Daher gibt es derzeit keine Neuzulassungen. Das mag formal richtig sein. Es geht aber an der Lebensrealität vieler Menschen vorbei: Vor allem, aber nicht nur in kleineren Ortschaften tut man sich oft sehr schwer, einen Hausarzt zu finden oder einen Termin zu erhalten.

(5.) Wir fordern die Barrierefreiheit aller Einrichtungen im Gesundheitswesen

– Wie viele Arzt- und Zahnarztpraxen sind in ihrem Wahlkreis nicht barrierefrei?

Das kann ich nicht sagen. Sowohl das Sozialforum Tübingen wie auch die Stadt Tübingen haben barrierefrei zugängliche Praxen gesammelt und veröffentlicht. Unterstützung bietet auch die Behindertenbeauftragte des Landkreises. Ich selbst habe unterschiedliche Erfahrungen, meine Zahnarztpraxis ist zum Beispiel nicht barrierefrei zugänglich. Es gibt verschiedene Unterstützungsangebote für Arztpraxen, die einen barrierefreien Umbau anstreben.

Als Grüne setzten wir uns dafür ein das der Aktionsplan für ein diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen zügig in der Fläche umgesetzt wird. Mit der Einrichtung des Landesentrums für Barrierefreiheit haben wir eine Einrichtung geschaffen, die Unterstützung rund um das Thema bietet.

Rente und Wohnen

(6.) Wir fordern die armutssichere Altersrente und die Stabilisierung des Rentenniveaus

– Wie viele Personen in Ihrem Wahlkreis beziehen Grundsicherung im Alter?

Wie viele davon sind Frauen und wie viele Männer?

Im Jahr 2017 erhielten laut Sozialbericht im Kreis Tübingen 753 Menschen Grundsicherung im Alter, davon waren 419 Frauen und 334 Männer. Mit Blick auf die demographische und soziale Entwicklung sind diese Zahlen sicher deutlich angestiegen, in BW stieg die Zahl der Personen, die Grundsicherung im Alter erhalten von 99.571 (2017) auf 115.665 (2023)

(7.) Wir fordern bezahlbaren Wohnraum durch die Erhöhung der Landesmittel für sozialen Wohnungsbau

– Wie viele Sozialwohnungen gibt es bei Ihnen im Wahlkreis je Einwohner?

– Wie setzen Sie sich für höhere Fördergelder für sozialen Wohnungsbau ein?

Laut Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen gab es im Land Ende 2024 genau 54.634 Sozialmietwohnungen, 1.034 mehr als ein Jahr zuvor. Es darf nicht sein, dass immer mehr Menschen 30 Prozent oder mehr ihres Nettoeinkommens für das Wohnen aufwenden müssen. Und das ist leider viel zu oft der Fall. Das Ziel der Grünen ist Wohnraum, der zum individuellen Geldbeutel und individuellen Bedürfnissen passt. Dort, wo das Leben einen hinführt. Und auch die Umgebung zu einem passt. Die GWG Tübingen beispielsweise hat ein Programm, das Haushalte unterstützt, bei denen die Miete mehr als 30 Prozent des Haushaltseinkommens auffrisst.

Ein wichtiges politisches Instrument ist die Landeswohnraumförderung. Die braucht schlicht und ergreifend Geld. Hier im Land haben wir sie zuletzt deutlich gestärkt. Zu Beginn dieser Legislatur, also 2021, lag sie bei 250 Millionen Euro. Mittlerweile ist das Volumen bei 760 Millionen Euro pro Jahr. Gefördert wird sozialer Mietwohnraum, aber beispielsweise auch selbst genutztes Wohneigentum. Seit 2023 ist zudem das Junge Wohnen Teil der Wohnraumförderung: So schaffen wir Wohnheimplätze für Studierende und Azubis.

Seit 2021 sind mithilfe der Landeswohnraumförderung 18.128 zusätzliche Wohneinheiten geschaffen worden, die sozial-gebunden sind, also vergünstigt für Menschen mit geringem Einkommen zur Verfügung stehen. Mit dem Nachtragshaushalt 2025/2026 haben wir weitere 300 Millionen Euro für die Landeswohnraumförderung beschlossen – ein Finanzbooster.

Ich persönlich finde auch, dass Kommunen das Instrument der aktiven Bodenpolitik nutzen sollten, um mittelfristig mehr bezahlbaren Wohnraum zu haben.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

(8.) Wir fordern die strukturelle und wirksame Bekämpfung von Einsamkeit

- Welche Projekte gegen Einsamkeit gibt es bei Ihnen im Kreis?
- Wird die Ehrenamtskarte bei Ihnen im Wahlkreis schon umgesetzt?

Ich kenne ein paar einzelne Projekte. Manchmal werden Pflege-Angebote kombiniert mit offenen Treffpunkten. Dafür haben wir bei uns in der Gegend einige sehr gelungene, lebendige Beispiele. Auch Familienzentren sind wichtig. Die wollen wir mit grüner Politik gezielt weiter fördern. Grundsätzlich brauchen wir bei diesem Thema etwas Flächendeckendes. Wir Grünen sehen Projekte gegen Einsamkeit als einen wichtigen Bestandteil, wann und wo auch immer es um Quartiersentwicklung geht, in den Städten und in den Dörfern. Auf dem Land ist manches schwerer. Umso wichtiger sind dort lebendige Ortszentren. Ob jung, ob alt: Wichtig ist, dass Menschen einander begegnen können.

Die Ehrenamtskarte wird bei uns im Kreis bislang nicht umgesetzt. Ich hoffe sehr, dass der Landkreis das Thema möglichst bald erneut auf die Tagesordnung setzt und dann auch auf den Weg bringt.

(9.) Wir fordern: Populismus mit Fakten bekämpfen – Demokratie und Frieden erhalten

- Nehmen Sie in unserer Gesellschaft und auch bei Ihnen vor Ort verstärkt Hetze, Falschinformationen und ein Ausspielen verschiedener Personengruppen gegeneinander wahr? Und wenn ja, wie?

Das sind Themen, die mir persönlich sehr am Herzen liegen. Ich bin in unserer Fraktion derjenige, der zuständig ist für die Themen Migration und Integration, mein Blick ist da sehr geschärft. Und ja: Auch bei uns in der Gegend gibt einige Akteure. Auch manche, die überregional von sich reden machen. Das ist für mich manchmal schwer zu ertragen. Und es wird nicht besser davon, dass sowas heute oft

massiv flankiert und gepusht wird von Medienportalen oder anderen Aufmerksamkeits-Multiplikatoren im Netz.

(10.) Wir fordern die Einführung der Bürgerversicherung in Pflege, Gesundheit und Rente

– Würden Sie selbst in die gesetzliche Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung wechseln, wenn das möglich wäre?

Ich bin auf jeden Fall für eine Bürgerversicherung! Unsere Systeme funktionieren einfach nicht, wenn diejenigen, die etwas mehr haben als die anderen, sich aus den Systemen herausziehen können. Ich selbst bin als Abgeordneter seit 15 Jahren ein Mitglied der AOK. Es war eine ganz bewusste Entscheidung, dort zu bleiben, auch als ich hätte wechseln können. Ich bleibe auch bei der AOK. Nur der Bereich Rentenversicherung läuft bei uns Abgeordneten anders. Das finde ich nicht gut – wir sollten wie alle anderen in der gesetzlichen Rentenversicherung sein. Dafür setze ich mich immer wieder ein, auch wenn das nicht bei allen Kollegen gut ankommt.

Die Zeit ist reif für echte Veränderung.

Landtagswahl Baden-Württemberg
8. März 2026

Fragenkatalog zu unseren Kernforderungen

Irene Schuster
überarb. RS, VdK KV Tü

Pflege

(1.) Wir fordern: Stationäre Pflege muss bezahlbar sein

- Wie hoch ist der Eigenanteil in den Pflegeheimen bei Ihnen im Wahlkreis?

(2.) Wir fordern das Pflege-Gehalt für die Pflege zu Hause

- Wie viele Menschen pflegen in Ihrem Wahlkreis Ihre Angehörigen zuhause?

(3.) Wir fordern den Ausbau der Pflegeinfrastruktur und ein regionales Pflegebudget

- Wie lang sind die Wartelisten für Einrichtungen der Vollstationären Pflege
und der Teilzeitpflege bei Ihnen im Wahlkreis?



Mehr zu unseren Forderungen
zur Landtagswahl 2026

#SozialstaatVerteidigen

SOZIALVERBAND

VdK

BADEN-WÜRTTEMBERG



Die Zeit ist reif für echte Veränderung.

Landtagswahl Baden-Württemberg
8. März 2026

Gesundheit

(4.) Wir fordern die Sicherstellung der medizinischen Versorgung: flächendeckend, qualitativ hochwertig und für alle Menschen zugänglich

- Sind die Menschen in Ihrem Wahlkreis gut mit Hausärztinnen und Hausärzten versorgt? Oder besteht eine Unterversorgung?

(5.) Wir fordern die Barrierefreiheit aller Einrichtungen im Gesundheitswesen

- Wie viele Arzt- und Zahnarztpraxen sind in ihrem Wahlkreis nicht barrierefrei?

Rente und Wohnen

(6.) Wir fordern die armutssichere Altersrente und die Stabilisierung des Rentenniveaus

- Wie viele Personen in Ihrem Wahlkreis beziehen Grundsicherung im Alter?
Wie viele davon sind Frauen und wie viele Männer?



Mehr zu unseren Forderungen
zur Landtagswahl 2026

#SozialstaatVerteidigen

SOZIALVERBAND

VdK

BADEN-WÜRTTEMBERG



Die Zeit ist reif für echte Veränderung.

Landtagswahl Baden-Württemberg
8. März 2026

(7.) Wir fordern bezahlbaren Wohnraum durch die Erhöhung der Landesmittel für sozialen Wohnungsbau

- Wie viele Sozialwohnungen gibt es bei Ihnen im Wahlkreis je Einwohner?
- Wie setzen Sie sich für höhere Fördergelder für sozialen Wohnungsbau ein?

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

(8.) Wir fordern die strukturelle und wirksame Bekämpfung von Einsamkeit

- Welche Projekte gegen Einsamkeit gibt es bei Ihnen im Kreis?
- Wird die Ehrenamtskarte bei Ihnen im Wahlkreis schon umgesetzt?

(9.) Wir fordern: Populismus mit Fakten bekämpfen – Demokratie und Frieden erhalten

- Nehmen Sie in unserer Gesellschaft und auch bei Ihnen vor Ort verstärkt Hetze, Falschinformationen und ein Ausspielen verschiedener Personengruppen gegeneinander wahr? Und wenn ja, wie?



Mehr zu unseren Forderungen
zur Landtagswahl 2026

#SozialstaatVerteidigen

SOZIALVERBAND

VdK

BADEN-WÜRTTEMBERG



Die Zeit ist reif für echte Veränderung.

Landtagswahl Baden-Württemberg
8. März 2026

(10.) Wir fordern die Einführung der Bürgerversicherung in Pflege, Gesundheit und Rente

- Würden Sie selbst in die gesetzliche Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung wechseln, wenn das möglich wäre?



Mehr zu unseren Forderungen
zur Landtagswahl 2026

#SozialstaatVerteidigen

SOZIALVERBAND

VdK

BADEN-WÜRTTEMBERG



Die Zeit ist reif für echte Veränderung.

Landtagswahl Baden-Württemberg
8. März 2026

Katharina Poppei

bearb. RS, VdK KV Tü

Fragenkatalog zu unseren Kernforderungen

Pflege

(1.) Wir fordern: Stationäre Pflege muss bezahlbar sein

- Wie hoch ist der Eigenanteil in den Pflegeheimen bei Ihnen im Wahlkreis?

3000 - 3500 €, aber unterschiedlich je nach Pflegegrade und -heim

(2.) Wir fordern das Pflege-Gehalt für die Pflege zu Hause

- Wie viele Menschen pflegen in Ihrem Wahlkreis Ihre Angehörigen zuhause?

Am Jahresende 2015 waren im Landkreis Tübingen über 5000 Personen pflegebedürftig,

wobei ein Großteil Frauen waren (65%)

Pflegegeldbezug 2015: 2800 Personen im Landkreis

(3.) Wir fordern den Ausbau der Pflegeinfrastruktur und ein regionales Pflegebudget

- Wie lang sind die Wartelisten für Einrichtungen der Vollstationären Pflege
und der Teilzeitpflege bei Ihnen im Wahlkreis?
-
-
-



Mehr zu unseren Forderungen
zur Landtagswahl 2026

#SozialstaatVerteidigen

SOZIALVERBAND

VdK

BADEN-WÜRTTEMBERG



Die Zeit ist reif für echte Veränderung.

Landtagswahl Baden-Württemberg
8. März 2026

Gesundheit

(4.) Wir fordern die Sicherstellung der medizinischen Versorgung: flächendeckend, qualitativ hochwertig und für alle Menschen zugänglich

- Sind die Menschen in Ihrem Wahlkreis gut mit Hausärztinnen und Hausärzten versorgt? Oder besteht eine Unterversorgung?

U.a. durch Studies, die hier zum Arzt gehen, sich aber nicht in Tübingen melden, besteht tendenziell eine Unterversorgung.

Landkreis Tü 2022: 60 Hausärzte / 100.000 Einwohner (unterdurchschnitt, Bund 65/100.000)

(5.) Wir fordern die Barrierefreiheit aller Einrichtungen im Gesundheitswesen

- Wie viele Arzt- und Zahnarztpraxen sind in ihrem Wahlkreis nicht barrierefrei?
zu viele

Rente und Wohnen

(6.) Wir fordern die armutssichere Altersrente und die Stabilisierung des Rentenniveaus

- Wie viele Personen in Ihrem Wahlkreis beziehen Grundsicherung im Alter?
Wie viele davon sind Frauen und wie viele Männer?

Leistungsempfänger*innen von Grundsicherung im Alter im Landkreis Tü 2017: 753 Männer/Frauen 60/40



Mehr zu unseren Forderungen
zur Landtagswahl 2026

#SozialstaatVerteidigen

SOZIALVERBAND

VdK

BADEN-WÜRTTEMBERG



Die Zeit ist reif für echte Veränderung.

Landtagswahl Baden-Württemberg
8. März 2026

(7.) Wir fordern bezahlbaren Wohnraum durch die Erhöhung der Landesmittel für sozialen Wohnungsbau

- Wie viele Sozialwohnungen gibt es bei Ihnen im Wahlkreis je Einwohner?
- Wie setzen Sie sich für höhere Fördergelder für sozialen Wohnungsbau ein?

Stadt Tü 2018: 1,5%, Landkreis etwas weniger. Wir werden im Landtag Anträge und Anfragen stellen und die Regierung unter Druck setzen, mietgebundenen Wohnraum zu fördern. Wohnbaugesellschaften gründen, die selbst in Wohnraum investieren und auch die Umwandlung von Mietwohnungen in geförderte stärken.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

(8.) Wir fordern die strukturelle und wirksame Bekämpfung von Einsamkeit

- Welche Projekte gegen Einsamkeit gibt es bei Ihnen im Kreis?
- Wird die Ehrenamtskarte bei Ihnen im Wahlkreis schon umgesetzt?

Sozialstation Rottenburg, BÄM Tübingen, Stadtteiltreffs Tübingen, Sozialstation Mössingen,

Stadt-/Kreissenorenrat.

Ja, Stadt Tübingen und Teile nehmen teil an der Ehrenamtskarte Region BW

(9.) Wir fordern: Populismus mit Fakten bekämpfen – Demokratie und Frieden erhalten

- Nehmen Sie in unserer Gesellschaft und auch bei Ihnen vor Ort verstärkt Hetze, Falschinformationen und ein Ausspielen verschiedener Personengruppen gegeneinander wahr? Und wenn ja, wie?



Mehr zu unseren Forderungen
zur Landtagswahl 2026

#SozialstaatVerteidigen

SOZIALVERBAND

VdK

BADEN-WÜRTTEMBERG



Die Zeit ist reif für echte Veränderung.

Landtagswahl Baden-Württemberg
8. März 2026

(10.) Wir fordern die Einführung der Bürgerversicherung in Pflege, Gesundheit und Rente

- Würden Sie selbst in die gesetzliche Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung wechseln, wenn das möglich wäre?

Ich bin in der GKV und werde in der GKV bleiben, auch wenn ich gewählt werden sollte, Auch wir fordern eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung, in die alle einzahlen. Es sollte keine Beitragsbemessungsgrenze geben und es sollte auch für Einkommen aus Kapitalerträgen etc. Beiträge gezahlt werden.



Mehr zu unseren Forderungen
zur Landtagswahl 2026

#SozialstaatVerteidigen

SOZIALVERBAND

VdK

BADEN-WÜRTTEMBERG

